

## KOMMENTAR ZUM LKA-SKANDAL IN SACHSEN

## Ghetto für „besorgte Bürger“

Der Vorgang ist derart bizarr, dass mancher zunächst an Satire glaubte, als die offizielle Mitteilung des sächsischen Innenministeriums publik wurde: Die Witzfigur mit schwarz-rot-goldenem Mütchen, deren Hasstiraden gegen ZDF-Journalisten seit Tagen in Sozialen Medien geteilt und diskutiert werden, entpuppt sich als Mitarbeiter des Landeskriminalamts Sachsen. Bei seinem Begleiter, der die Dreharbeiten des Fernseheteams mit einer zweiten Strafanzeige aufhielt, handelt es sich nach ZDF-Informationen wiederum um einen landesweit bekannten Neonazi, den Anführer der rassistischen Gruppe „Freital steht auf“.

Für die Dresdener Polizei, den Innenminister und den Ministerpräsidenten sind solche Verhältnisse offenbar nichts Außergewöhnliches. Das ist – man muss es so deutlich sagen – schockierend.

## Sächsische Verhältnisse

Ist die sächsische Polizei nicht schon längst von Verfassungsfeinden unterwandert worden? Sympathisiert sie mehr oder weniger offen mit einer Bewegung, die die Bundeskanzlerin am liebsten an einem Galgen zeigt? Die Vorwürfe wiegen schwer und sind so ungeheuerlich, dass sie bedingungslos aufgeklärt werden müssen. Denn die Liste vergleichbarer Fälle ist lang und womöglich nur die Spitze des Eisbergs, wie der Berliner Extremismusforscher Hajo Funke gestern mutmaßte.

In Heidenau etwa dauerte es vier Tage, bis Hetze und auch Gewalt von der zuständigen Polizei eingedämmt werden konnten. In Clausnitz kuschelte die Polizei vor einem fremdenfeindlichen Mob, der Polizeipräsident wollte sogar einen Flüchtlingsjungen anzeigen. Nicht zu vergessen Freital und seine rechte Terrorgruppe. Und nun Dresden, wo die Verbindungen der Polizei zur rechten Szene gar nicht so neu sind. Tobias Wolf, Redakteur der Sächsischen Zeitung,

berichtete dem Medienmagazin „Zapp“ von einem ähnlichen Vorfall vor zwei Jahren. Damals gingen Rechte in einem Dresdener Vorort auf Journalisten los, die daraufhin die Polizei zu Hilfe riefen. Wolf: „Als die Polizei mit einem halben Dutzend Beamten und drei Fahrzeugen vor Ort war, erklärte uns der Einsatzleiter: ‚Ihr seid ja die Lügenpresse. Pegida hat recht, ich schütze euch jetzt nur, weil ich eine Uniform an habe.‘“

## Leugnen, ignorieren, aussitzen

Behaupte also niemand, das Problem sei unbekannt! Die Reaktionen der Landesregierung auf solche Vorfälle sind trotzdem immer gleich und folgen dem Schema: leugnen, ignorieren, verharmlosen.

Dabei sollte jedem klar sein, dass man diese gefährliche Entwicklung mit Aussitzen längst nicht mehr in den Griff bekommt. Im Gegenteil: Die CDU muss in Sachsen laut aktueller Wahlprognosen demnächst um die Hälfte ihrer Direktmandate fürchten. Großer Sieger wäre die AfD.

Vielleicht muss man den Sachsen einmal in aller Deutlichkeit sagen, was diese Entwicklung für sie bedeutet: Um dieses Land machen Investoren und Arbeitgeber, aber auch internationale Wissenschaftler schon jetzt einen großen Bogen. Verschärft sich diese Entwicklung noch, wird das Land endgültig zum Ghetto für „besorgte Bürger“, zu einem Armenhaus Deutschlands. Das Mitleid im aufgeklärten Teil der Republik hielte sich vermutlich in Grenzen.

.....  
m.rose@zeitungsverlag-aachen.de

MARCO ROSE



## KOMMENTAR ZUR HEBAMMEN-AUSBILDUNG

## Betroffene hängen in der Luft

Die Umsetzung von EU-Richtlinien gehört wohl zu den eher ungeliebten Aufgaben von Politik und Gesellschaft. Oft fallen die Betroffenen aus allen Wolken, wenn es heißt: In wenigen Wochen läuft die Frist ab. Das war jüngst bei der Datenschutzgrundverordnung so, und das ist nicht anders bei der Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie von 2013, die unter anderem die Akademisierung der Hebammenausbildung in Deutschland zur Folge hat.

Seit fünf Jahren wissen die Verantwortlichen im Bundesgesundheitsministerium, dass dies bis zum 18. Januar 2020 erfolgen muss. Doch bis heute wissen diejenigen, die es betrifft, nicht, worauf sie sich einstellen müssen.

## Deutschland ist Schlusslicht

Interessentinnen für den Beruf, der seit Monaten wegen des Personalmangels Schlagzeilen macht, hängen ebenso in der Luft wie die Ausbilderinnen in den Berufsfachschulen und die Träger dieser Schulen, die Hochschulen und die Geburtshilfeeinrichtungen.

Dabei müsste dringend dafür gesorgt werden, dass der Beruf attraktiv bleibt beziehungsweise wieder attraktiv wird. Denn die Geburtenzahlen steigen, schwangere Frauen und Mütter erwarten eine gute Betreuung vor, während und nach der Geburt.

Der Deutsche Hebammenverband fordert seit einigen Jah-

ren eine Reform der Ausbildung. Denn Deutschland ist Schlusslicht bei der Akademisierung der Hebammenausbildung. In Deutschland ausgebildete Hebammen haben schon jetzt Probleme, in der EU einen Arbeitsplatz zu finden. Von Belgien über Malta bis Zypern werden Geburtshelferinnen auf akademischem Niveau ausgebildet. Nur in Deutschland nicht.

Es gibt in zwar Modellstudiengänge, in Nordrhein-Westfalen etwa in Bochum, und Aufbaustudiengänge, etwa an der Katholischen Schule Köln, aber das ist es dann. Abgesehen davon, dass Chancengleichheit auf dem inner-europäischen Arbeitsmarkt hergestellt werden muss, bedeutet eine Akademisierung der Ausbildung, dass diese den hohen Anforderungen an den Beruf gerecht wird. Schon jetzt müssen Hebammen über umfassende wissenschaftliche Kenntnisse aus verschiedenen Fachgebieten verfügen und arbeiten weitgehend selbstständig.

Beim Gehalt beziehungsweise bei Freiberuflerinnen bei der Vergütung spiegelt sich das jedoch bislang nicht wider.

.....  
j.geese@zeitungsverlag-aachen.de

JUTTA GEESSE



## ANSICHT

## „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi (1883 - 1944), indischer Rechtsanwalt und Widerstandskämpfer



KARIKATUR: ZEITUNGSGRUPPE/OLTOBIESTER

## Ein Wutbürger im Staatsdienst

Als „Privatperson“ macht ein LKA-Bediensteter in Dresden mit Pöbeleien gegen ZDF-Reporter Schlagzeilen. Der sächsische Ministerpräsident irritiert mit seinen Aussagen. Alles ganz normal?

VON ANDREA HENTSCHEL

LEIPZIG Schon wieder Sachsen: Der Freistaat, in der Vergangenheit durch fremdenfeindliche Angriffe und wegen des Umgangs mit rechten Umtrieben wiederholt in der Kritik, sorgt erneut für Schlagzeilen. Nach der Verbalattacke eines LKA-Mitarbeiters gegen Journalisten am Rande einer AfD-Pegida-Demonstration in Dresden sorgen sich Politiker und Journalistenverbände um die Pressefreiheit. Kritik gibt es auch am Vorgehen der sächsischen Polizei – und das nicht zum ersten Mal.

## Massives Vertrauensproblem

Er wolle ein positives Bild von Sachsen erzeugen, sagte Michael Kretschmer (CDU) noch kurz vor seiner Wahl zum neuen Ministerpräsidenten im Dezember. Tatsächlich hat die CDU-dominierte Regierung im Freistaat ein massives Vertrauensproblem, das zur Bundestagswahl im vergangenen Jahr in einem Desaster gipfelte. Knapp hinter der AfD wurden die Christdemokraten in Sachsen damals nur zweitstärkste Partei.

Der damalige Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) trat zurück, Kretschmer übernahm und versprach eine andere politische Kultur im Land. Das Negativimage dürfte Sachsen nun aber so schnell nicht loswerden.

Auslöser des jüngsten Ekklats ist ein mit Deutschlandhütchen bemetzter Pegida-Demonstrant, der am Donnerstag vergangener Woche ein ZDF-Kamerateam bepöbelte. Die Reporter hatten Anhänger der AfD und der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung gefilmt, die während des Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der sächsischen Landeshauptstadt demonstrierten.

Eine Dreiviertelstunde lang wurden die Fernsehjournalisten von der Polizei festgehalten – zur Feststellung der Personalien und zur Anzeigenaufnahmen, wie es hieß. Die Beamten hätten korrekt gehandelt, befand anschließend Dresdens Polizeipräsident Horst Kretschmar, und auch Ministerpräsident Michael Kretschmer stellte sich hinter die Polizisten.

Journalistenverbände und die sächsische Opposition sprechen dagegen von einem schwerwiegenden Eingriff in die Pressefreiheit. Auch Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) nannte die Vorgänge „besorgniserregend“.

Besonders delikat ist der Fall, weil es sich bei dem Pöbler um einen Mitarbeiter des sächsischen Landeskriminalamts (LKA) handelt, der laut Landesinnenministerium

„als Privatperson“ an der Kundgebung teilnahm und sich derzeit im Urlaub befindet. Medienberichten zufolge soll er als Tarifbeschäftigter im Dezernat Wirtschaftskriminalität arbeiten.

Ob dem Mann Konsequenzen drohen, ist noch unklar. Ungeachtet der Meinungsfreiheit erwarte er von „allen Bediensteten meines Ressorts jederzeit, auch wenn sie sich privat in der Öffentlichkeit aufhalten und äußern, ein korrektes Auftreten“, stellte Innenminister Roland Wöllner (CDU) klar.

Der sächsische Grünen-Abgeordnete Valentin Lippmann fasste den Skandal mit den Worten zusammen: „Kein schlechtes Drehbuch, sondern Realität in Sachsen.“ Tatsächlich stehen die Sicherheitsbehörden nicht zum ersten Mal in der Kritik.

Erst Ende 2017 sorgte ein Logo in neuen Panzerfahrzeugen der sächsischen Polizei wegen seiner Ähnlichkeit mit NS-Symbolik für heftige Diskussionen. Sowohl Innenministerium als auch LKA sahen darin „nie eine rechte Attitüde“.

Für Empörung sorgten im Februar 2016 auch die Bilder von einer lauthals pöbelnden Menschenmenge, die in Clausnitz einen Bus mit Flüchtlingen belagerte. Damals gab es Vorwürfe, die Polizei sei rüde

gegen die Schutzsuchenden vorgegangen. Wirbel verursachte auch die massenhafte Ausspähung von Handydaten bei einer Großdemonstration gegen das rechte Spektrum vor sieben Jahren, in deren Folge der damalige Dresdner Polizeichef Dieter Hanitsch seinen Hut nehmen musste.

## Koalition mit der SPD belastet?

Dass Ministerpräsident Kretschmer sich jetzt eiligst vor die Polizei stellte und twitterte, die einzigen Beteiligten, die in dem ZDF-Video „seriös auftreten“, seien Polizisten, kommt gar nicht gut an – und könnte die Koalition mit der SPD belasten. Es sei eine „journalistische Aufgabe, von öffentlichen Demos zu berichten“, stellte der SPD-Landeschef und Wirtschaftsminister Martin Dulig noch am Wochenende klar. „Ich kann hier kein ‚unseriöses‘ Verhalten erkennen.“ Am Donnerstag schob er dann auch in Richtung Kretschmer nach: „Wer meint, sich kritiklos vor die Polizeibeamten stellen zu müssen, richtet eher Schaden an.“

Wöllner sagte nach einer Sitzung des Landtagsinnenausschusses, zunächst müssten die Ergebnisse der Überprüfungen abgewartet werden, dann erst könnten die Vorgänge bewertet werden. Am Freitag wollen die ZDF-Journalisten nun ihre Sicht der Dinge bei einem Treffen mit der Polizei schildern.

## „Kein schlechtes Drehbuch, sondern Realität in Sachsen.“

Valentin Lippmann, Landtagsabgeordneter der Grünen

## Weidmann als EZB-Chef aus dem Rennen?

Die Bundeskanzlerin soll angeblich andere Prioritäten bei der Vergabe von EU-Topjobs setzen

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bevorzugt einem Medienbericht zufolge eine deutsche Kandidatur für den Chefposten in der EU-Kommission im kommenden Jahr, statt Bundesbankpräsident Jens Weidmann in ein aussichtsloses Rennen um die Nachfolge von EZB-Präsident Mario Draghi zu schicken. „Nicht die EZB hat für Merkel oberste Priorität, sondern die EU-Kommission“, zitierte das „Handelsblatt“ einen hochrangigen Berliner Regierungsvertreter.

Merkel betonte allerdings am Donnerstag am Rande einer Kaukasus-Reise, sie habe sich noch nicht entschieden, ob Deutschland einen Kandidaten für den Posten des nächsten EZB-Präsidenten oder ein anderes Spitzenamt in der EU benennen wird. „Ich kann keinerlei Wünsche bestätigen, die ich habe.

Sondern wir werden die Entwicklung abwarten und dann schauen, wie sich die deutsche Position entwickelt“, sagte die Kanzlerin in Tiflis.

Weidmann selbst äußerte sich ausweichend. „Nein, was soll ich dazu schon sagen“, sagte er am Rande einer Veranstaltung in Berlin.

In Koalitionskreisen wurden die Spekulationen allerdings als durchaus plausibel bezeichnet. Wenn Deutschland überhaupt eine Chance auf einen der beiden wichtigsten EU-Posten habe, die im kommenden Jahr neu besetzt werden, dann auf den des Kommissionspräsidenten. Die politische Entscheidung über die Nachfolge von Kommissionschef Jean-Claude Juncker könne bereits in diesem November fallen. Alle weiteren

Postenbesetzungen in der EU hängen von dieser Spitzen-Personalie ab. Auch über die Nachfolge des EU-Ratspräsidenten, des EU-Parlamentspräsidenten und der EU-Außenbeauftragten muss 2019 entschieden werden.

Der Zeitung zufolge habe Merkel Weidmann unlängst in einem vertraulichen Gespräch erläutert, dass sie eine deutsche Kandidatur für den Chefposten in der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht für vorteilhaft hält.

Ob Merkel eine Mehrheit für Weidmann hätte organisieren können, gilt allerdings als fraglich. Zudem hätte der Chefposten in der unabhängigen EZB aus Sicht Berlins auch weniger Charme als der Kommissionsvorsitz. Dieser gilt als

Schlüsselposition, um Europa künftig mehr Gewicht in der Welt zu verleihen. Allerdings wäre auch hier eine deutsche Kandidatur sehr umstritten: Deutschland habe als größtes Land auch so schon genug Einfluss und Macht in der EU, so die Brüsseler Sicht.

Aussichtsreicher für Deutschland wäre daher womöglich der Job des EU-Ratspräsidenten, des Parlamentschefs oder der Außenbeauftragten. Aus deutscher Sicht hätte ein deutscher EZB-Präsident den Vorteil, dass das Vertrauen in die europäische Geldpolitik in Deutschland möglicherweise wachsen würde.

Sollte sich Merkel dafür entscheiden, einen Deutschen auf den Posten des Kommissionschefs zu bugsieren, hätte der Chef der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), beste Chancen. Ihr Lieblingskandidat wäre allerdings wohl Peter Altmaier (CDU).

Bundesbankpräsident Jens Weidmann. FOTO: DPA

